

# **Wofür steht die KPÖ?**

**Dieses Aktionsprogramm ist ein Angebot an all jene, die aktiv und gemeinsam mit anderen Menschen für ihre eigenen Interessen eintreten wollen. In Österreich und weltweit.  
Es ist offen für Veränderungen und Erweiterungen.**



**Walter Baier**  
**Vorsitzender**

# Liebe Leserin Lieber Leser



**Elke Kahr**  
**Stv.-Vorsitzende**

Das Eintreten für Frieden, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit für alle ist für uns untrennbarer Bestandteil des Ringens um eine grundlegend andere Gesellschaft.

“Eine andere Welt ist möglich...”, heißt es in der neuen weltweiten Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung. Dazu ist eine andere Wirtschaft, eine andere Politik und eine andere Kultur als die des neoliberalen Kapitalismus notwendig.

Das betrifft vor allem Fragen der gesellschaftlichen Praxis und bedeutet auch: Unsere Partei, die KPÖ, will sich bemühen, eine nützliche Kraft für die Menschen zu sein, ihre Sprache zu sprechen und gemeinsam mit ihnen aktiv zu werden.

Der Versuch, den Alltag zu verändern, wird ohne Einsicht in die Triebkräfte der Entwicklung in unserem Land, in Europa und in der Welt nicht weit führen. Es geht darum, dass diese Erkenntnisse möglichst präzise sind und die Erfahrungen der gesellschaft-

lichen Praxis möglichst vieler Menschen aufnehmen. Nur so ist es möglich, die Macht- und Eigentumsverhältnisse im Interesse der Ausgebeuteten und Unterdrückten umzuwälzen.

Vor und auf dem 32. Parteitag der KPÖ hat es eine lebhafteste Diskussion über diese grundlegenden Fragen gegeben. Die Debatte darüber ist nicht abgeschlossen.

Wir stellen uns das große Ziel einer anderen, einer sozialistischen Gesellschaft, die demokratisch und frei von Rassismus und Sexismus sein wird. Wir wollen dieses Ziel gemeinsam mit allen Menschen erreichen, die unter den heutigen kapitalistischen Verhältnissen benachteiligt sind.

Das ist ein großer Anspruch für eine kleine Partei. Prüfen Sie selbst, wie weit wir mit dieser Arbeit gekommen sind.

Was sind die Ursachen von Krieg und Krise? Was können wir dagegen tun? Diese Fragen stellen sich viele Menschen. Nach dem Wahlerfolg in Graz sind auch die Positionen und Haltungen der KPÖ für viele Menschen interessanter geworden.

Wir versuchen in dieser politischen Positionsbestimmung einige Antworten zu geben. Dabei gehen wir von zwei Entwicklungen aus, die auf längere Sicht maßgebenden Einfluss auf die Lage der Menschen nehmen werden: Da ist einerseits der neoliberal geprägte Vorstoß in Richtung Sozialabbau, verbunden mit massiven Verschlechterungen in den Arbeitsbedingungen und -verhältnissen, und der Privatisierung wichtiger sozialer Dienstleistungen und Güter, dass sind andererseits die Kriege des Imperialismus und ihre Folgen.

Die KPÖ sieht dabei einen engen Zusammenhang zwischen zwei Tendenzen: Das kapitalistische System versucht sich aller Fesseln bei der Erzielung höchst möglicher Profite zu entledigen. Gleichzeitig setzt es Maßnahmen, seine imperialistische Herrschaft im Rahmen einer neuen Weltordnung zu sichern und zu festigen. Dabei treten Widersprüche nicht nur zwischen den sozialen Klassen der Gesellschaft verschärfter Form zu Tage - auch der Geschlechterwiderspruch wird über die besondere Diskriminierung der Frauen verschärft. Und auch zwischen den

sogenannten „Entwicklungsländern“ und den imperialistischen Mächten sowie zwischen diesen treten immer dramatischere Differenzen auf. Die Konkurrenz bei der Jagd nach Profiten und die brutaler werdende Durchsetzung von Machtinteressen stürzen die Welt in immer schwerere Krisen und Konflikte wirtschaftlicher, politischer und militärischer Natur. Genaugenommen steht die Frage im Raum, ob wir am Rande einer Weltwirtschaftskrise mit allen damit verbundenen Konsequenzen stehen.

Kommunistinnen und Kommunisten können sich nicht mit dieser kapitalistischen Realität abfinden - sie stellen im Sinne einer humanen Gesellschaftsperspektive die Systemfrage und richten ihren Kampf nicht nur gegen die unmenschlichen Auswirkungen, sondern gegen das System selbst.

# 1. Imperialistische Kriege

Wir haben in den letzten Jahren die Kriege in Jugoslawien, Afghanistan und im Irak erlebt, deren Konsequenzen in ihren vollen Dimensionen noch nicht abzusehen sind. Den USA geht es um wirtschaftliche, militärische und politische Interessen. Es geht um ihre weltweite Vormachtstellung aber auch um die Durchsetzung der antisozialen, neoliberalen Offensive in allen Teilen der Welt.

Der Krieg gegen den Irak war ein imperialistischer Krieg, wie er auch gegen Jugoslawien und Afghanistan geführt wurde. Er brachte und bringt unermessliches Leid über die Bevölkerung des Irak und der ganzen Region und wird in seinen wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen noch viel weitere Kreise ziehen. Dieser Angriffskrieg bedeutet Massenmord an der Zivilbevölkerung,

Vertreibung, Massenvergewaltigungen und schwere Zerstörungen an Hab und Gut der Menschen. Dieser Krieg war ein eklatanter Bruch des Völkerrechts und stellte einen Angriff auf die Vereinten Nationen dar: Die UNO soll sich in die US-Dominanz fügen und die Ersetzung wesentlicher Grundlagen des Völkerrechts durch die sogenannte "Pax Americana" hinnehmen - also die Unterordnung unter die Supermacht USA. Das bringt die USA in Gegensatz zu anderen großen Mächten wie China, Russland und andere Staaten und verschärft die Differenzen im "innerimperialistischen" Gefüge, besonders im Verhältnis zur EU und in der EU.

Dieser Krieg steht in einer Reihe völkerrechtswidriger Aggressionen, und doch kündigt er eine neue Periode imperialistischer Kriege an: Wie kaum zuvor setzen sich die USA über die Einwände früherer Verbündeter hinweg. Hierin dokumentieren sich wachsende Widersprüche innerhalb des imperialistischen System ebenso, wie die Entschlossenheit der US-Administration und der hinter ihr stehenden Großkonzerne, diese Differenzen für sich zu entscheiden.

Es muss uns allen bewusst sein: Niemand kann heute ausschließen, dass es im Kampf um Macht und Hegemonie und im Zuge ökonomischer Verteilungskämpfe auch zu bewaffneten Konflikten zwischen den imperialistischen Machtzentren kommen kann und dass solche Konflikte Ausmaße erreichen können, die weit über all das hinausgehen, was seit 1945 geschehen ist. Spekulation ist nicht die Sache von KommunistInnen - wir können und wollen aber auch nicht die Augen davor verschließen, was in diesem System und seinen Zerstörungspotentialen angelegt ist! Die ökonomische Rechnung für diesen Krieg werden die lohnabhängig Beschäftigten und ohnehin sozial Benachteiligten in allen Ländern zu tragen haben. Der Imperialismus kann schlichtweg nicht begriffen werden, ohne das Monopolkapital als ökonomischen Kern der heutigen Entwicklungsstufe zu definieren.

## 2. Sozialabbau wird beschleunigt

In der Wahrnehmung der Menschen gehen die Veränderungen in atemberaubendem Tempo vor sich: Hierzulande hebt eine

schwarz-blaue Regierung erkämpfte sozialstaatliche Regelungen und soziale Errungenschaften aus den Angeln, ebenso wie es in Deutschland eine rot-grüne Regierung tut. In dieser Hinsicht macht es offensichtlich keinen Unterschied mehr, wer gerade wo regiert. Ein ohnehin schon brüchig gewordenes, Frauen besonders benachteiligendes System sozialer Sicherheit soll nun systematisch demontiert werden. Löhne und Gehälter werden gedrückt, Arbeitsverträge verschlechtert und durch arbeits- wie sozialrechtlich ungeschützte Arbeitsverhältnisse und Teilzeitarbeit ersetzt. Arbeitszeit wird flexibilisiert und jungen Menschen werden verstärkt die Zugänge zu einer qualitätsvollen Bildung und Ausbildung sowie zu Arbeitsplätzen verwehrt. Frauen werden wieder vermehrt auf schlecht bezahlte Arbeitsplätze oder verstärkt in den Bereich unbezahlter, aber gesellschaftlich notwendiger Arbeiten abgedrängt. Dieser Prozess verstärkt Abhängigkeitsverhältnisse und geht einher mit reaktionärsten Vorurteilen und Vorstellungen über die gesellschaftliche Rolle der Frau, wie sie auch in der herrschenden Politik zum Ausdruck kommen.

Arbeitslosigkeit ist zur Massenerscheinung geworden und die Lage der Menschen, denen Erwerbsmöglichkeiten vorenthalten werden, verschlechtert sich mit jeder weiteren unsozialen Maßnahme. Dabei sind es neben den jungen Menschen auch immer mehr ältere, die keinen Zugang zum Arbeitsmarkt mehr finden und denen trotz langjähriger Versicherungszeiten nach einem oft harten gesundheitsschädigenden Arbeitsleben ein Pensionsantritt verwehrt wird.

Am Härtesten werden vom Sozialabbau jene getroffen, die schon bisher benachteiligt und ausgegrenzt wurden: Frauen mit

niedrigem Einkommen, sozial Ausgegrenzte, Menschen mit Behinderungen und nicht zuletzt all jene, die keine österreichische Staatsbürgerschaft besitzen. Oder sich überhaupt als “Illegalisierte” unter den schlimmsten Bedingungen durchschlagen müssen, weil sie definitionsgemäß aus allen Sozialsystemen herausfallen.

### **3. Privatisierung und Kommerzialisierung aller Lebensbereiche**

Die Grundversorgung der Bevölkerung mit sozialen Dienstleistungen wird kommerzialisiert und privatisiert – das öffentliche Eigentum wird ausverkauft. Egal, ob es sich nun um kommunales Eigentum oder Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen, um Kinderbetreuungseinrichtungen, um Wohnungen, um Schulen und Universitäten, um Infrastrukturbetriebe wie Bahn und Post, um Energiebetriebe oder die Wasserversorgung, um die Telekommunikation oder um staatliche Anteile an Schlüsselindustrien handelt – alles wird “liberalisiert”.

Das bedeutet nichts anderes, als dass diese Bereiche für die private Kapitalverwertung und für das Profitmachen “frei” gegeben werden. Also auch Bereiche wie die Gesundheitsversorgung und die Bildung stehen zur Disposition. Wobei bei der Kommerzialisierung der sozialen Dienstleistungen die inhumanen Dimensionen umso deutlicher ausgeprägt sind, zumal diese Dienstleistungen damit völlig zu Waren werden und der Zugang zu ihnen immer mehr davon abhängt, wie kaufkräftig die KäuferInnen sind. Wer es sich nicht leisten kann, wird abgedrängt und ausgegrenzt.

Auch hier wirken sich die über ein Drittel niedrigeren Einkommen von Frauen umso schlimmer aus.

Neben nach wie vor bestehender Gängelung durch die herrschende Politik verstärkt die Kommerzialisierung den Konformitätsdruck auf Kunst- und Kulturschaffende. Indem geschäftliche Verwertbarkeit der Maßstab der Kunstproduktion wird, erhöht sich der soziale Druck auf die Mehrheit der KünstlerInnen und werden neue und experimentelle Kunstformen zugunsten der "Events" und der Traditionspflege an den Rand gedrängt. Die Durchsetzung dieser "Liberalisierung" und Privatisierungsschritte wird über die nationale Politik ebenso betrieben wie über die Politik der Europäischen Union und über die Welthandelsorganisation WTO in Form des GATS-Abkommens. In so genannten "Entwicklungsländern" und Ländern mit hohen Schulden üben die Weltbank und der Internationalen Währungsfonds massiven Druck aus.

#### **4. Klassengegensätze verschärfen sich**

Die Folgen des Sozialabbaues und der Privatisierung sind weitreichend. Einmal mehr vertieft sich die Spaltung der Gesellschaft: In jene, die von der Ausbeutung der Arbeitskraft anderer leben und jene, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben müssen; in SystemgewinnerInnen und SystemverliererInnen, in Reich und Arm, in Privilegierte und Benachteiligte, in Herrschende und Beherrschte.

Einmal mehr wird aber auch klar, wo die Klassenspaltungen in



der Gesellschaft verlaufen. Die politischen Maßnahmen, mit denen wir es heute zu tun haben, sind fast ausschließlich auf die Interessen und Bedürfnisse des Kapitals ausgerichtet. Es ist "Klassenkampf von oben", der mit diesen Maßnahmen betrieben wird. Wieweit sich aber Kapitalinteressen durchsetzen lassen, hängt im wesentlichen davon ab, wie stark die Gegenkräfte sind. Als eine Partei der ArbeiterInnenklasse und aller von den verschärften Verwertungsbedingungen des Finanz- und Monopolkapitals betroffenen werktätigen Schichten und Intellektuellen will die KPÖ an der Schaffung eines Gegenpols zu den geschilderten Entwicklungen mitwirken.

Die ArbeiterInnenklasse ist heute vielgestaltig und weit zu fassen: Es sind die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft abhängenden Menschen, die keine Verfügungsgewalt über die wichtigsten Pro-

duktionsmittel der Gesellschaft und über die Ergebnisse ihrer Arbeit haben. Das ist die überwiegende Mehrheit der Frauen und Männer. Es wird also viel davon abhängen, wie weit sich die ArbeiterInnenklasse politisch formiert und mit anderen sozialen Kräften der Gesellschaft die entsprechende, kämpferische Antwort auf die Herausforderungen findet.

## **5. Rechtsentwicklung und Scheitern des Reformismus**

Angesichts dieser Entwicklungen prägen Verunsicherung, Ohnmachtsgefühle und wachsende Existenzängste immer stärker das Bild der Gesellschaft - aber auch Proteste, Widerstände und Kampfmaßnahmen in Betrieben. Und darauf nimmt die KPÖ in ihrer Politik Bezug. In Österreich, aber auch im internationalen Maßstab haben rechtspopulistische und rechtsradikale Tendenzen in den letzten Jahren stärker Fuß gefasst und Einfluss auf die "offizielle" Politik genommen. Sie segeln gewissermaßen im Wind neoliberaler Politik, die im Kern auf unsoziale, undemokratische und ausgrenzende Maßnahmen ausgerichtet ist. Sie ist im Kern "sozialdarwinistisch" - also durch Entsolidarisierung, durch das Recht des Stärkeren und durch das Ausleseprinzip geprägt.

Kampagnen gegen Minderheiten, gegen MigrantInnen, gegen fortschrittliche Kulturschaffende und KünstlerInnen standen und stehen auf der Tagesordnung. Soziale Errungenschaften werden unter dem Vorwand von "Sozialmissbrauch" diffamiert. Die Mi-

litarisierung der Gesellschaft, die Gewalt gegen Frauen und Kinder aber auch die Vermittlung eines zutiefst reaktionären und sexistischen Rollenbildes der Frau gehört zu den Methoden dieser rechtsextremistischen Kräfte. Ihre Bestrebungen finden zunehmend Eingang in die Politik und drücken sich auch in Regierungsbeteiligungen aus - nicht nur in Österreich und in Europa: Der politische Führungsklüngel in den USA stellt ebenfalls nichts anderes dar, als eine Ansammlung reaktionärster und rechtsextremer Kräfte.

Der Aufstieg der FPÖ, und ihre neuerliche Regierungsbeteiligung trotz Wahlniederlagen machen deutlich, wie weit der Einfluss dieser Tendenzen gediehen ist und wieweit andere politische Kräfte wie die ÖVP diese Positionen übernehmen, wenn mit ihnen neoliberale Politik durchgesetzt werden kann. Daraus ergibt sich auch für die demokratischen Errungenschaften höchste Gefahr, wie schon das bisherige Agieren der ÖVP-FPÖ-Regierungen zeigt: Sie entmündigen Selbstverwaltungen, wie im Bereich der Sozialversicherung; sie leisten dem Rassismus durch Verschärfung der "Fremdengesetze" Vorschub; sie greifen Gewerkschaften und Arbeiterkammern an und beschneiden sie in ihren Rechten; sie räumen Polizei und Justiz Sonderrechte ein und bauen den Überwachungsstaat aus; sie bringen Medien wie den ORF auf Linie und stärken ihre eigenen Durchgriffsrechte in allen Bereichen.

Sozialdemokratie und Grüne haben sich ihrerseits mit den Grundtendenzen der heutigen Kapitalismusentwicklung - und damit mit dem System an sich - abgefunden. Statt ernsthafte Alternativen zu entwickeln, passen sie sich an. Ihre Vorstellungen

unterscheiden sich zwar graduell von denen der ÖVP, wie es sich in den letzten Regierungsverhandlungen zeigte, sind ihre Führungen und große Teile der Parteien zu weitgehenden Zugeständnissen bereit. Der Reformismus - also der Versuch, das kapitalistische System mit Reformen auszubessern, ohne es selbst in Frage zu stellen - wird angesichts der realen Entwicklung immer mehr zur Farce. Mehr noch - Durch die Beteiligung reformistischer Parteien an unsozialen Maßnahmen wird der Begriff der Reform in sein Gegenteil verkehrt: in Zerstörung sozialer Errungenschaften! Zwischen Reformanspruch und tatsächlicher Politik dieser Kräfte entsteht eine immer größer werdende Kluft.

Wirkliche soziale Reformpolitik stößt heute deutlicher denn je an die Grenzen des kapitalistischen Systems. Sozialdemokratie und auch Grüne haben ein Glaubwürdigkeitsproblem: Wer die neoliberal geprägte Profitwirtschaft im Großen und Ganzen akzeptiert, kann sich bestenfalls als Flickschuster am Stiefel des Kapitalismus betätigen, kann aber nicht beanspruchen, eine ernst zu nehmende gesellschaftspolitische Alternative zu sein.

## **6. Der Charakter unserer Partei**

Die KPÖ kann und will diese Entwicklungen und gesellschaftlichen Zustände nicht unwidersprochen hinnehmen und stellt sich entschieden dagegen. Sie organisiert und leistet Widerstand. Die Existenz einer kommunistischen Partei begründet sich aber letztlich im Anspruch, für die revolutionäre Veränderung der Gesellschaft zu kämpfen - ein Anspruch, der sich nicht isoliert von den tatsächlichen gesellschaftlichen Bedingungen und Kräftever-

hältnissen, von den Klassenkämpfen und sozialen Bewegungen einlösen läßt.

Die KPÖ ist parteiisch, wenn es um die Interessen der Lohnabhängigen und der sozial Benachteiligten, der Diskriminierten und Ausgegrenzten geht. Sie versteht sich als Partei der ArbeiterInnenklasse. Sie übt aktive Solidarität mit jenen, die dieser am dringendsten bedürfen, weil sie sich nicht selbst artikulieren können. Die KPÖ macht nicht nur Politik im herkömmlichen Sinn, sie praktiziert Humanismus der Tat.

Die KPÖ ist eine kämpferische, solidarische, antipatriarchale und internationalistische Gemeinschaft von Menschen, für die der Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte bedeutet, und die deshalb für eine radikal-demokratische, sozialistische und letztlich kommunistische Gesellschaftsperspektive kämpft. Sie geht dabei von den heutigen Bedingungen aus und leistet ihren eigenständigen politischen Beitrag - ohne ihre eigene Identität zu verleugnen oder Führungsansprüche zu stellen und Bewegungen nach ihren Vorstellungen modeln oder vereinnahmen zu wollen.

## **7. Was ist unser großes Ziel?**

Im Namen KPÖ ist unser gesellschaftspolitischer Anspruch erhalten - und wir haben diesen Namen ohne Rücksicht auf politische Konjunkturen beibehalten. Wofür steht aber das "K" - was ist Kommunismus in einem zeitgemäßen und nicht "zeitgeistigen" Verständnis? Kommunismus nennen wir das Ziel einer von



Klassenherrschaft und Patriarchat befreiten Gesellschaft. Die kommunistische Bewegung ist eine Bewegung für die Selbstbefreiung der Menschen aus allen Verhältnissen, in denen sie "erniedrigte, geknechtete, verlassene und verächtliche Wesen" (K. Marx) sind. Kommunistische Politik orientiert sich folglich an den Werten der Gleichberechtigung, der sozialen Gerechtigkeit, der Demokratie, der Verantwortung für die Umwelt und der Solidarität.

Das Ziel einer klassenlosen Gesellschaft mag in der heute von Ausbeutung, Sexismus, Rassismus, Nationalismus, Krieg und ökologischer Zerstörung gekennzeichneten Welt utopisch klingen, für uns gibt es aber keine Alternative dazu. Für uns ist die Überwindung des Kapitalismus ein tatsächliches - langfristig zu erreichendes - Ziel, wobei wir für die Phase des Überganges zum Kommunismus den Begriff Sozialismus verwenden.

Sozialismus - besser: die Sozialismen - im 21. Jahrhundert werden offene und variantenreiche Projekte sein. Ihre universelle Bedeutung besteht darin, ein menschenwürdiges Leben aller Menschen sicherzustellen, die Gleichberechtigung der Geschlechter herzustellen und die Versöhnung der Menschheit mit der Natur und damit die Aufhebung aller Formen der Entfremdung einzuleiten. Dann wird auch der Kommunismus als klassenlose Ausbeutungs- und herrschaftsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Zivilgesellschaft konkrete Perspektive.

Die sozialistische Gesellschaftsformation setzt die Überwindung der kapitalistischen und patriarchalen Eigentums- und

Machtverhältnisse voraus. Neue, sozialistische Eigentums- und Machtverhältnisse anstelle der alten, kapitalistischen Verhältnisse haben aber nicht nur wirtschaftliche und soziale Bedeutung - sie haben auch die Demokratisierung aller Lebensbereiche zum Inhalt. Die politische Entmachtung des Kapitals und die Vergesellschaftung der entscheidenden Produktionsmittel beseitigt in der Phase des Sozialismus freilich nicht alle Widersprüche, die im gesellschaftlichen Leben auftauchen und die teils aus den früheren Verhältnissen weiterwirken, schafft aber die Bedingungen für eine tatsächliche Demokratisierung: Das kommunistische Verständnis von Demokratie geht weit über die von den heutigen bürgerlich-kapitalistischen Verhältnissen gesetzten Grenzen hinaus - es bedeutet echte Mit- und Selbstbestimmung im Sinne partizipativer Demokratie, also der vollen Teilhabe aller an der Gesellschaft. Für uns gilt also der Grundsatz, dass Sozialismus und Demokratie eine untrennbare Einheit bilden müssen, wie das auch im Kommunistischen Manifest grundgelegt ist.

Eine sozialistische Transformation der Gesellschaft wird sich über die demokratische Lösung sozialer, ökonomischer, politischer, kultureller, geschlechtsspezifischer und nationaler Widersprüche entwickeln. Das ist der Inhalt sozialistischer Rechtsstaatlichkeit. Im Sozialismus werden unterschiedliche politische und weltanschauliche Kräfte in Kooperation und demokratischer Konkurrenz wirken. Daher wird es auch im Sozialismus nicht nur eine Partei und eine Bewegung geben. Ihr Einfluss und ihre Bedeutung - und auch die der kommunistischen - kann nicht ein für allemal verordnet werden, sondern wird von ihrer jeweiligen Überzeugungskraft im demokratischen Wettstreit abhängen.

## **8. Marxistisches Politikverständnis**

Sozialistisch-kommunistische Ziele und Perspektiven sind keine Glaubensfragen und können daher auch nicht in Glaubenssätzen - in Dogmen - abgehandelt werden. Die KPÖ stützt sich in ihren Analysen und in der Entwicklung politischer Alternativen auf den Marxismus, der sich als kritische Wissenschaft entwickelt. Es wäre fatal, wollte man den Anspruch der Wissenschaftlichkeit unter den Glassturz politischer Vorgaben stellen. Vielmehr kommt es darauf an, den Marxismus auf die Entwicklung revolutionärer Politik und Praxis anzuwenden. Wir müssen auch jene marxistischen TheoretikerInnen kritisch auswerten, die von politischen Führungen der Parteien früher weitgehend unbeachtet an den Rand gestellt oder gar ausgegrenzt wurden, weil sie von der "politischen Linie der Partei abgewichen" sind.

Zu dieser Öffnung gehört auch die Auseinandersetzung mit dem Feminismus oder der politischen Ökologie. Diese Theorien entspringen ja nicht dem "Erfindungsgeist" einzelner, sondern dem Vorhandensein tiefgreifender Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft, vor denen eine Partei die Augen nicht verschließen kann und darf.

Die KPÖ versteht sich also als eine Partei der unterschiedlichen Zugänge und der "inhaltlichen Vielfalt". Inhaltliche Vielfalt hat freilich nichts mit politisch-ideologischer Beliebigkeit zu tun.

## **9. Kommunistische Bewegung und Geschichte**

Die kommunistische Bewegung hat wie keine andere das 20. Jahrhundert geprägt. Die sozialistische Oktoberrevolution hat ein neues Zeitalter eingeleitet. Der entscheidende Beitrag der Sowjetunion und von Millionen Menschen verschiedenster Nationalitäten zur Zerschlagung des Faschismus in Europa bleibt eine große historische Leistung. Wir KommunistInnen sind stolz auf die Beiträge, die unsere Bewegung zur Bewahrung des Friedens und im Kampf gegen den Kolonialismus und Faschismus beigetragen haben. KommunistInnen haben weltweit in zahllosen Kämpfen mitgewirkt, wenn es um sozialen Fortschritt und die Überwindung von Ausbeutung und Unterdrückung ging. KommunistInnen leisteten und leisten auch hier in Österreich Großartiges in den unmittelbaren Lebensumfeldern, der Gemeinden und Betriebe, in Gewerkschaften und Bewegungen.

Wir haben aber aus der Geschichte unserer Bewegung auch bittere Lehren ziehen müssen. Dazu gehören: Die Geschichte des Stalinismus und seine, das humanistische Wesen des Kommunismus negierenden Verbrechen. Sie dürfen gerade von uns nicht verschwiegen werden. Nicht zuletzt deshalb, weil diesem Terror auch Hunderte Mitglieder der KPÖ zum Opfer fielen, worüber zu reden jahrzehntlang ein Tabu war.

Die Herausbildung bürokratischer Eliten, Demokratiedefizite, das Fortbestehen patriarchaler Strukturen im Sozialismus, die Dogmatisierung wie Deformierungen im Bereich der Theorie und

schließlich der Zusammenbruch des sozialistischen Systems in der Sowjetunion und im Osten Europas. Das alles hat uns verdeutlicht: Es bedarf einer grundlegenden Erneuerung unserer Theorie und unseres Politikverständnisses, um auf marxistischer Basis eine anstrebenswerte sozialistische Gesellschaftsperspektive vertreten zu können. Daher kann der ehemalige “reale Sozialismus” nicht als Modell eines künftigen Sozialismus gelten.

## **10. Wege der Veränderung**

In der Suche nach Wegen zur Veränderung gehen KommunistInnen von der gesellschaftlichen Realität und den Grundtendenzen des heutigen Kapitalismus aus. Die als “Neoliberalismus” gekennzeichnete Grundtendenz zur Beseitigung der sozialen Rechte, zur Deregulierung, zum Rückzug des Staates aus der sozialen Verantwortung und Privatisierung des öffentlichen Eigentums ist keine spezifisch österreichische Erscheinung. Wir erleben weltweit das brutale Durchsetzen von Kapitalinteressen gegen die Interessen und Bedürfnisse der Masse der Menschen.

Einen “menschlichen” Kapitalismus hat es zu keiner Zeit gegeben - was etwa in hochentwickelten kapitalistischen Staaten an tatsächlichen sozialen Fortschritten erreicht wurde, wurde erkämpft. Speziell in Österreich gab es besondere Bedingungen, die heute nicht mehr gegeben sind: Die Konkurrenz mit dem sozialistischen System, die Neutralität, starke öffentliche Wirtschaftssektoren, die politischen Kräfteverhältnisse nach dem Zweiten Weltkrieg, starke Gewerkschaftsbewegungen, der

Wiederaufbau. Das Kapital musste Zugeständnisse machen - Zugeständnisse, die heute zurückgenommen werden.

Es erweist sich: Sozialabbau und Krieg sind zwei Seiten derselben Medaille eines sich entfesselnden kapitalistischen Systems, das den Maximalprofit über alle menschlichen Bedürfnisse stellt und in seiner imperialistischen Durchsetzung kein Gewaltmittel scheut und kein Menschenleben schont. Die Politik verkommt zunehmend zum Vollzugsorgan dieses Systems und verengt in atemberaubendem Tempo die Spielräume für Politikgestaltung, für soziale Reformen und demokratische Mitbestimmung.

Die KommunistInnen sehen diese Entwicklung ohne Illusionen und gehen davon aus, dass die Bedürfnisse der Menschen nach sozialer Sicherheit und friedlichen Verhältnissen nicht zu befriedigen sind, wenn nicht dieses System als Ganzes in Frage gestellt und letztlich überwunden wird. Das ist auch der Grund, warum die KPÖ ihren Kampf gegen Missstände und für soziale Reformen sowie ihren Kampf um Frieden mit dem Kampf gegen das kapitalistische Klassensystem, gegen den Kapitalismus als Ganzes verknüpft.

Kommunistische Politik verknüpft ihr Eintreten für unmittelbare und künftige soziale Interessen der Werktätigen mit der Verteidigung der demokratischen und sozialen Prinzipien, dem Widerstand gegen die Rechtsentwicklung und neofaschistischen Gefahren, gegen die vom Imperialismus ausgehende Bedrohung des Friedens und der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit. Sie verbindet den Kampf um elementare Tagesforderungen mit dem Ringen um radikale, gegen das große Kapital gerichtete Reformen und für den Sozialismus.

Das ist letztlich die politische Identität von KommunistInnen: Der KPÖ geht es in ihrer Politik um eine andere Menschheitsperspektive. Es geht letztlich um bedürfnisorientiertes Wirtschaften auf Basis des gesellschaftlichen Eigentums an den entscheidenden Produktionsmitteln anstelle der mörderischen Jagd nach Profiten, anstelle von Ausbeutung und Ausplünderung. Und es geht uns um dauerhaften Frieden und echter Demokratisierung aller Lebensbereiche anstelle von imperialistischen Raubkriegen, Unterdrückung und Demokratieabbau. Es geht uns um revolutionäre Veränderung und eine grundlegend andere Qualität des Lebens. Es geht uns um Sozialismus anstelle der Kapitalherrschaft. Ohne die Macht des Kapitals zu brechen, seine Apparate zu unterwandern und abzuschaffen, also ohne eine soziale, politische, kulturelle und ökonomische Revolution wird allerdings kein Raum für eine sozialistische Entwicklung sein. Uns geht es letztlich um Kommunismus, eine klassenlose Gesellschaft, in der - wie es im Kommunistischen Manifest heißt, "die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist". Das mögen - gemessen an den politischen Kräfteverhältnissen in der heutigen Gesellschaft - "große Worte" sein. Was ist aber die Alternative dazu?

## **11. Nächstes Ziel: Kampf für einen progressiven Sozialstaat**

Der Sozialstaat als Ergebnis jahrzehntelanger Kämpfe der ArbeiterInnenbewegung, hat nicht nur eine wichtige Schutzfunktion für sozial Schwächere, sondern bedeutet auch einen wichtigen zi-

vilisatorischen Fortschritt überhaupt. Der Kampf um den Erhalt und den Ausbau des öffentlichen Eigentums, um Demokratisierung, die Verbesserung statt dem Ausverkauf öffentlicher Dienstleistungen und eine progressive Erneuerung des Sozialstaats insgesamt ist eine vorrangige Aufgabe im Kampf gegen die neoliberale, kapitalistische Form der Globalisierung. Dies verlangt, dass menschliche Bedürfnisse Vorrang gegenüber der Rentabilität des Kapitals haben, dass die Hegemonie demokratischer und emanzipatorischer Werte durchgesetzt wird.

Der Kampf um einen progressiven Sozialstaat - wie ihn die KPÖ anstrebt - ist mit dem international zu koordinierenden Kampf um die Zurückdrängung der Macht der großen Konzerne verbunden. Verknüpft ist er auch mit dem sozialen und ökologischen Umbau der gesamten Produktions- und Lebensweise, mit der Umverteilung der Einkommen und Vermögen von oben nach unten, einschließlich der Herstellung von Einkommensgleichheit zwischen den Geschlechtern. Dieser Kampf erfordert auch neue machtpolitische Verhältnisse: Die Vorherrschaft des Neoliberalismus in Wirtschaft, Staat und Zivilgesellschaft muss gebrochen werden. Der progressive Sozialstaat verlangt neue Leitbilder von Arbeit und Verteilung der geschaffenen Werte und einen neuen Typ von Vollbeschäftigung.

Gegen die massen- und dauerhafte "Freisetzung" von Arbeitskräften sind eine radikale Verkürzung der Wochen- und Jahresarbeitszeit bei vollem Einkommensausgleich und eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit, sowie eine Neuverteilung aller gesellschaftlich notwendigen Arbeit und Neueinstellungen auch in einem öffentlichen Beschäftigungssektor notwendig. Progressiver

Sozialstaat heißt auch, dass lebenswichtige Strukturen der Gesellschaft wie Wohnen, Gesundheit, Bildung, Kultur und Verkehr der Diktatur des kapitalistischen Marktes entzogen werden müssen.

## 12. Risiken und Chancen

Wir erleben heute eine Revolution der Produktivkräfte. Der Einsatz neuer Technologien und die “Globalisierung” nehmen unter der Herrschaft des neoliberal geprägten Kapitalismus einen katastrophal zerstörerischen Charakter an. Viele Menschen erkennen, dass eine andere als die kapitalistisch geprägte Welt notwendig ist. Die neuen Produktivkräfte erzeugen - so widersprüchlich das klingen mag - gleichzeitig Voraussetzungen für eine neue, höhere Stufe der menschlichen Zivilisation.

Diese revolutionäre Dialektik der Epoche ist es, die in der Lösung der globalisierungskritischen Bewegung: “Eine andere Welt ist möglich” ausgedrückt wird.

Der Kampf um eine “andere Welt” vollzieht sich weder nach einem einheitlichen Plan noch wird er von einer einzigen politisch-ideologischen Kraft gesteuert. Die politische und weltanschauliche Pluralität der sozialen Kräfte anzuerkennen, die sich heute dem Neoliberalismus entgegenstellen, ist Voraussetzung für eine realistische Sicht auf die in der Welt stattfindenden sozialen Kämpfe und die neuen Formen internationaler Solidarität.

Widerstand gegen die Herrschaft des Kapitals entsteht aus der verschärften ökonomischen Ausbeutung, aber auch aus anderen



Formen der den Menschen und der Natur auferlegten Ausbeutung und Unterdrückung. Sie reicht weit über die unmittelbare Konfrontation von Kapital und Arbeit in den Betrieben hinaus.

Wir bekämpfen alle Unterdrückungsverhältnisse auf den Gebieten der Ökonomie, der Politik, des Sozialen und der Kultur. Wir leisten Widerstand gegen ethnische Diskriminierung und kämpfen um die grundlegende Veränderung der Verhältnisse zwischen Männern und Frauen.

## 13. Eigentum und Demokratie

Das Ziel kommunistischer Politik ist, eine von Klassenherrschaft und Patriarchat befreite Demokratie im Sinne des freien Zusammenlebens Gleichberechtigter zu schaffen.

Die Macht des Kapitals, die gesellschaftliche Entwicklung seinen Gesetzen zu unterwerfen, beruht auf dem kapitalistischen Eigentum. KommunistInnen treten daher für die Überwindung des kapitalistischen Eigentums, für eine qualitative Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse - vor allem der großen Banken, Versicherungen und Konzerne - ein, so dass sie gesellschaftlicher, demokratischer Kontrolle unterliegen. Es geht also um Vergesellschaftung des kapitalistischen Eigentums. Diese gesellschaftlichen Formen des Eigentums bilden die wirtschaftliche Grundlage des Sozialismus. Sozialistische Eigentumsverhältnisse setzen die Möglichkeit zur demokratischen Mitgestaltung - zur "partizipative Demokratie" - der Menschen an Entscheidungen über ihre Arbeit voraus. Gerade aus der Perspektive der Arbeitswelt erweist sich, dass Demokratie sowohl ein Mittel als auch den Zweck der Emanzipation darstellt.

Wie bewertet die KPÖ die Chancen und Gefahren durch neue Entwicklungen im Bereich der Informationstechnologie? Wissen ist Macht. Die neuen Technologien bieten die Möglichkeiten für einen breiten, unkomplizierten und kostenlosen Zugriff auf Wissen und Information. Mit geringstem Aufwand kann jede/r auch als ProduzentIn von Information auftreten. Die neuen Technolo-

gien haben damit enormes Potential der, durch das kapitalistische System verursachten Medien- und Machtkonzentration entgegenzuwirken und zu einer Demokratisierung der Gesellschaft beizutragen. Voraussetzung dafür sind natürlich auch die Zugangsmöglichkeiten zu diesen Technologien für alle.

Es wäre jedoch naiv zu glauben, die Konzerne würden ihre Macht in diesem Bereich kampfflos aufgeben. Mit technischen und legislativen Mitteln wird versucht die Kontrolle über Information zu sichern und zu erweitern: Microsoft's "Digital Rights Management" und die Verschärfungen im Bereich "Copyright" sind Beispiele für diesen Machtkampf.

Wir KommunistInnen wollen die Fragen nach dem Sinn von Urheberrecht, Patenten, also "Geistigem Eigentum" ganz grundsätzlich stellen. Diese Gesetze jedenfalls machen Wissen und Information künstlich rar, um sie im Kapitalismus als Ware handeln, besitzen und der Allgemeinheit vorenthalten zu können.

Die Erfolge freier Software (wie etwa GNU/Linux) zeigen im Gegensatz dazu wie produktiv und erfolgreich auf freiem Informationsaustausch basierende Kooperation im Vergleich zum profitorientierten Gewinnstreben der Konzerne sein kann. Viele der in diesem Bereich entwickelten Methoden von Zusammenarbeit könnten auch als Modell für andere Bereiche wertvolle Vorlagen liefern. Ein weiterer wichtiger Aspekt in Zusammenhang mit Informationstechnologie sind Fragen des Datenschutzes und der Privatsphäre. Mit der zunehmenden Nutzung von diesen Technologien hinterlassen wir auch zunehmend mehr digitale Spuren. Die Mächtigen bekommen damit weitere Instrumente der Kontrolle über uns. Wir treten daher dafür ein, alle technischen und

legislativen Möglichkeiten zu nutzen die Privatsphäre des Einzelnen zu schützen. Im Gegenzug sollten Konzerne und Staaten aber zu einer möglichst weitgehenden Offenlegung ihrer Strukturen, Geldflüssen, etc. verpflichtet werden.

Moderne Kommunikationstechnologien eröffnen neue Möglichkeiten für zukünftige demokratische Formen der Dezentralisierung und der Koordination. Unter bürgerlich-kapitalistischen Verhältnissen wird reale Demokratie stets durch die Interessen der herrschenden Eliten eingeschränkt.

Auch die parlamentarische Demokratie ist Herrschaftsform der besitzenden Minderheit. Deshalb waren und sind die sozialen und politischen Kämpfe der "unteren Klassen" der Gesellschaft, die sich der Herrschaft der oberen entgegenstellen, auch die wahren Motoren demokratischer Entwicklungen und letztlich einer grundlegenden, revolutionären Veränderung der Gesellschaft.

## **14. Gegenmacht - lokal und global!**

So, wie sich die Kapitalherrschaft weltweit etabliert hat und weltweit die Bedingungen für die gnadenlose Jagd nach Profiten durchsetzt und diktiert, hat Widerstand und Gegenmachtbildung eine Chance: wenn sich die lokalen und regionalen Kämpfe und Bewegungen vernetzen und wenn sie sich letztlich nicht nur gegen die Symptome der Kapitalherrschaft sondern gegen diese selbst richten. Das ist der Inhalt heutiger Klassenkämpfe.

Gegenmachtbildung unter den Bedingungen kapitalistischer

Globalisierung erfordert Vernetzung und gemeinsame Aktionen kapitalismuskritischer und antikapitalistischer Kräfte. Ob LandarbeiterInnen oder landlose Bauern, ob radikale Ökologiebewegungen oder Feministinnen, ob Transportarbeitergewerkschaften oder Friedensgruppen, ob kommunalpolitische Initiativen, Bürgerrechtsbewegungen und fortschrittliche konfessionelle Bewegungen und Gruppen, ob die ArbeiterInnenbewegung in den Industriezentren oder progressive politische Parteien - sie alle kommen unter die Räder des sich entfesselnden kapitalistischen Systems, wenn sie isoliert einem übermächtigen Gegner gegenüberstehen.

Gegenmachtbildung - lokal wie global - wird aber nur dann möglich sein, wenn sie sich verbünden. Dabei ist klar: International und global wirkende Bündnisse und Bewegungen sind nur so stark, wie ihre Teile in ihren jeweiligen Lebensumfeldern sind und wie stark sie sich in der Bevölkerung verankern können.

Die KPÖ versteht sich also als aktiver und engagierter Teil einer sich global formierenden Bewegung und unterstützt die global, kontinental, national und lokal entstehenden Sozialforen, ohne deren Autonomie und ihre Identität als kommunistische Partei in Frage zu stellen und ohne zu vergessen, was ihr eigener, klassen- und frauenspezifischer Beitrag im täglichen Interessenkampf in ihrem Wirkungsumfeld, den Gemeinden und Betrieben, in den Ländern und im Bund, in den Bündnissen und Initiativen ist. Genau die Erfahrungen aus diesen politischen Handlungsebenen und aus unserer politischen Praxis sind es, die wir als wertvollen Beitrag einbringen und somit der Gesamtbewegung nützen können. Es geht um Bewegung in der Bewegung.

## **15. Gewerkschaften müssen sich entscheiden**

Die Gewerkschaften stehen vor der Entscheidung zwischen “sozialpartnerschaftlicher” Nostalgie und kämpferischer Neuorientierung. Diese fällt ihnen nicht leicht. In den Jahrzehnten der “Sozialpartnerschaft” haben sie sich von Schutz- und Kampforganisationen der ArbeiterInnenklasse zu “Ordnungsfaktoren” des kapitalistischen Systems gewandelt. Führungspersönlichkeiten der Gewerkschaftsbewegung wurden zu Teilen der Systemeliten, und die Politik der Gewerkschaften richtete sich zunehmend auf ein “gesellschaftliches Gesamtinteresse” im Rahmen des Kapitalismus, als würden in dieser Gesellschaft keine Klassegegensätze bestehen.

Jetzt, da der Neoliberalismus das politische Umfeld zu Ungunsten der Gewerkschaften gravierend verändert hat, treten diese Widersprüche verstärkt zu Tage. Gesetzmäßige Folge der “sozialpartnerschaftlichen” Einbindung der Gewerkschaften war ihre Entdemokratisierung. Die wichtigste Voraussetzung dafür, den Lähmungszustand der Gewerkschaften zu überwinden und aktionsfähig zu werden, bildet eine radikale Demokratisierung.

Die Mitglieder müssen in alle wesentlichen Entscheidungen eingebunden werden, und zwar unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die heutige ArbeiterInnenklasse multiethnisch und multikulturell zusammengesetzt ist, zur Hälfte aus Frauen besteht, und dass auch Beschäftigungslose und Menschen in ungeschützten und atypischen Beschäftigungsverhältnissen ein Teil der Klasse sind. Neben der Demokratisierung geht es um die Öffnung

gegenüber anderen sozialen und demokratischen Bewegungen, insbesondere gegenüber der Bewegung der GlobalisierungskritikerInnen. Nur wenn es zu einer Vernetzung und zu einem Zusammenwirken der Gewerkschaften mit diesen sehr unterschiedlichen und spezifischen Bewegungen kommt, können Klassenanliegen in ihrer Vielfalt wirksam wahrgenommen werden. Die Aufgabe von KommunistInnen und anderen linken, auf Systemüberwindung orientierenden Kräften ist, beizutragen, dass Solidarität und Zusammenhalt entstehen. Auch in den österreichischen Gewerkschaften “schlummert” ein beträchtliches Potential für die “Veränderung der Welt”. Gelingt es, dieses zum Leben zu erwecken, eröffnen sich neue Perspektiven auf diesem Weg.

## **16. Internationalismus - ein Kern kommunistischer Politik**

Wer die heutige Gesellschaft verändern will, muss gleichermaßen lokal und global denken und handeln. Sozialistisches Bewusstsein ist globales Bewusstsein. Zwar bilden die Nationalstaaten weiterhin einen wesentlichen Bezugsrahmen sozialer und politischer Kämpfe, um diese aber wirksam führen zu können, beginnen die Klassenkräfte und sozialen Bewegungen, die Gewerkschaften und die alternative, also auf Überwindung des kapitalistischen Systems orientierte Linke sich international zu vernetzen. In gemeinsamen Kämpfen entwickeln sich die Umriss neuer solidarischer und demokratischer Alternativen der Weltentwicklung. Der Internationalismus beginnt im eigenen Land. Die Forderung: “gleiche Rechte für alle in Österreich Lebenden”



hat zentrale Bedeutung für den Kampf um soziale Gerechtigkeit. Wir stellen der rassistischen Ausgrenzung und Konkurrenz die Solidarität und den Internationalismus gegenüber. Die KPÖ lehnt alle Formen der Zwangsintegration ab. Sie versteht unter Integration den wechselseitigen Prozess in dem kulturelle und sprachliche Identitäten respektiert und entwickelt werden. Das setzt Förderungsmaßnahmen auf allen Ebenen des Bildungssystems voraus sowie den gleichen Zugang zu genossenschaftlichen und kommunalen Wohnungen und zu den Wahlrechten.

## **17. Für ein anderes Europa**

Im Zentrum einer europapolitischen Alternative steht der Kampf um eine demokratische und soziale Integration Europas anstelle von imperialistischer Machtentfaltung der EU.

Die EU ist ein wesentlicher und gestaltender Teil des globalisierten kapitalistischen Systems. Sie betreibt im Rahmen der imperialistischen “Arbeitsteilung” die systematische und gewaltsame Durchsetzung der “Neuen Weltordnung”, wobei aber schwere Differenzen im Zuge der imperialistischen Konkurrenz auftreten.

Österreich ist seit 1995 Mitglied der Europäischen Union und damit Mitglied eines der sich seit Jahrzehnten - in den letzten Jahren auch militärisch - neu formierenden internationalen Macht- und Entscheidungszentren. Die EU ist mit der OECD, der WTO, der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds ein wesentlicher und gestaltender Teil des globalisierten kapitalistischen Systems. Sie betreibt im Rahmen der imperialistischen

“Arbeitsteilung” die systematische und gewaltsame Durchsetzung der “Neuen Weltordnung”, wobei aber schwere Differenzen im Zuge der imperialistischen Konkurrenz auftreten, wie die jüngsten Entwicklungen zeigen, bei denen es um die Hierarchie der Mächte und vor allem um die Vormachtstellung der USA geht.

Die KPÖ setzt auf eine Alternative zum kapitalistischen System und somit auch auf eine Alternative zur EU des Kapitals und der Konzerne als wesentlicher Teil dieses Systems. Diese Alternative kann nicht allein aus der nationalstaatlichen Perspektive entwickelt werden. Bei der Entwicklung von strategischer Überlegungen ist auch dem Umstand Rechnung zu tragen, dass die Kapitalverflechtungen und die Standortpolitik der Konzerne dazu geführt haben, dass auch der kapitalistische Nationalstaat immer weniger Einfluss auf das Wirtschaftsgeschehen nehmen kann. Die größten Banken und Konzerne entziehen sich nationalen Regelungen und Einflüssen und im industriellen Bereich befinden sich bereits viele Technologiezentren außer Landes. Natürlich besteht die KPÖ im Sinne der Selbstbestimmungsrechte der Bevölkerungen auf das Recht zum Austritt aus der EU und sieht darin auch eine politische Option. Die Kritik der KPÖ an der EU ist antikapitalistischen, antiimperialistischen und antipatriarchalen Inhalts und unterscheidet sich daher grundsätzlich von den nationalistisch motivierten Kritiken und Vorbehalten, die von politisch rechten Kräften kommen.

Die KPÖ tritt vorbehaltlos und aktiv für die Beibehaltung der österreichischen Neutralität ein. Wir betrachten die Neutralität als

zukunftsfähiges, internationalistisches Konzept, von dem ausgehend wir Widerstand gegen eine Militarisierung Europas leisten.

Das Ringen um die demokratische und soziale Integration Europas und der Kampf für Frieden und soziale Gerechtigkeit kann und darf sich nicht auf das unmittelbare Umfeld und auf den nationalen Rahmen beschränken. Es muss länderübergreifend sein und alle Kräfte erfassen, die auf Systemüberwindung, auf Demokratisierung und Gleichberechtigung, auf soziale Gerechtigkeit und Frieden setzen. Die Gründung des Europäischen Sozialforums in Florenz ist dabei ein Element von wesentlicher Bedeutung. Dies zeigt sich nicht zuletzt an den von ihm ausgehenden großen Anti-Kriegs-Demonstrationen, an denen Millionen Menschen teilgenommen haben.

## **18. Gemeinsam mit der KPÖ für Veränderung kämpfen!**

Die KPÖ verbindet ihre Aktivitäten und ihre Politik an der Basis und in den Bewegungen mit ihren gesellschaftspolitischen Orientierungen und Zielen: Sie betreibt in Gemeinden und Betrieben, in Gewerkschaften und Arbeiterkammern, aber auch in Initiativen und Bewegungen konkrete Tagespolitik, die sich an den unmittelbaren und konkreten Lebensinteressen der Menschen orientiert. Diese Politik beinhaltet tagespolitische Forderungen ebenso wie konkrete Hilfestellungen.

Mit anderen Worten: die KPÖ steht in ihrer politischen Praxis für die Übereinstimmung von Wort und Tat. Sie ist eine Partei des täglichen Lebens und eine Partei der gesellschaftlichen Ver-

änderung. Sie kämpft hier und heute dafür, dass sich künftigen Generationen andere, menschenwürdige Perspektiven auf tun - und wer gemeinsam mit uns kämpfen will, ist eingeladen, es zu tun!

# Wir wollen eine nützliche Partei für die Menschen sein

## Aktionsprogramm für einen sozialen, demokratischen, antipatriarchalen und ökologischen Umbau der Gesellschaft

### 1. Für Neutralität und Frieden

★ Stopp aller Kriegshandlungen der USA und ihrer Verbündeten.

★ Auflösung der Militärstützpunkte der USA, die sie in anderen Erdteilen - darunter auch in Europa hat. Abschaffung aller Atomwaffen in Europa.

★ Abschaffung aller ABC-Waffen. Vollständiges Verbot der Entwicklung, Produktion und Lagerung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen. Entwicklungs- und Produktionsstop für neue Waffensysteme. Generelles Verbot von Rüstungsexporten.

★ Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der österreichischen Neutralität. Neutralität ist eine zutiefst internationalistische und verallgemeinerbare Option für Staaten, die sich den Weltmachtansprüchen von USA und EU widersetzen und eine Grundlage für die Revitalisierung von Blockfreien Bewegungen. Neu-

tralität ist die Antithese zur imperialistischen Großmachtpolitik.

★ Kein Kauf von neuen Abfangjägern. Zeltweg, Graz-Thalerhof und Hörsching dürfen keine NATO-Stützpunkte werden.

★ Der Nationalrat und die Bundesregierung sind verpflichtet, an der immerwährenden Neutralität festzuhalten und eine aktive Neutralitätspolitik zu betreiben. Die österreichische Außen- und Sicherheitspolitik orientiert sich auf dieser Grundlage an den Prinzipien des Dialogs, der friedlichen Konfliktregelung und der internationalen Solidarität.

★ Kein-e Soldat-in, keine Waffen, kein Euro für die Euro-Armee. In diesem Sinne wird der neutralitätswidrige Artikel 23f aus der Bundesverfassung gestrichen. Die Republik Österreich darf keine militärische Beistandsverpflichtung in der EU eingehen.

★ Kein NATO-Beitritt Österreichs. Die Beteiligung der Republik Österreich an der “NATO-Partnerschaft für den Frieden” muss beendet werden.

★ Alle Pläne, das Bundesheer in Richtung Interventionsfähig-

keit umzurüsten und die dazugehörenden Aufrüstungspläne (Kampffjets, Großraumtransporter, etc.) müssen gestoppt und rückgängig gemacht werden. Gefordert wird soziale Sicherheit statt Aufrüstung.

## **2 . Stopp dem Sozialabbau – Sinnvolle, existenzsichernde Arbeit für alle**

★ Verwirklichung des Rechts auf sinnvolle und existenzsichernde Arbeit für alle und leistungsgerechte Bezahlung. Das erfordert auch die Neubewertung der Arbeit von Frauen.

★ Verkürzung der Arbeitszeit auf 32 Stunden bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich und Umsetzung in neue Arbeitsplätze.

★ Gesetzliche Begrenzung der Möglichkeit von Überstunden. Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit für Männer und Frauen.

★ Tarifbindung und gesetzliche Festschreibung von Mindestlöhnen für alle Unternehmen in allen Wirtschaftsbranchen.

★ Uneingeschränktes Streikrecht für alle abhängig Beschäftigten. Verbot der Aussperrung.

★ Ausweitung der paritätischen Mitbestimmung der Beschäftigten auf alle Fragen der Unternehmensführung. Sicherung umfassender Kontrollrechte der Betriebs- und Personalräte sowie der Gewerkschaften. Gesetzliche Pflicht zu Bildung von Betriebsräten in allen Unternehmen mit mehr als 10 Beschäftigten und zur Schaffung von Gesamtbetriebsräten in allen nationalen und transnationalen Konzernen.

## **3. Einschränkung der Macht der Konzerne**

★ Stopp GATS

★ Überführung strategisch wichtiger Konzerne in Gemeineigentum, Rückgängigmachung der bereits erfolgten Privatisierung auf den Gebieten Bahn, öffentlicher Nahverkehr, Post, Telekommunikation, Energie- und Wärmeversorgung, Wasser- und Abfallwirtschaft und für ihre generelle Überführung in öffentliches und gemeinnütziges Eigentum.

★ Bereits durchgeführte Privatisierungen müssen rückgängig gemacht werden.

★ Investitionsorientierte öffentliche Arbeitsbeschaffungsprogramme als Hebel für echte Vollbeschäftigung.

★ Gesetzlich abgesichertes Mitbestimmungs- und Kontrollrecht von Organisationen der Interessenvertretung der BürgerInnen in den Aufsichtsorganen der öffentlich-rechtlichen, gemeinnützigen und privaten Medienunternehmen.

★ Bildung eines öffentlich geförderten Wirtschaftssektors, der Aufgaben übernimmt, die weder vom privatwirtschaftlichen Sektor noch vom öffentlichen Dienst ausreichend wahrgenommen werden – beispielsweise in den Bereichen Gesundheit, Umwelt und Kultur. Förderung und Entwicklung neuer (oder selten praktizierter) Formen von Gemeineigentum: für genossenschaftliche, kommunale Betriebe und für öffentlich geförderte Projekte in Trägerschaft von Vereinen und Bildungseinrichtungen.

★ Wirksame Förderung des öffentlichen Verkehrs.



- ★ Eine Nahverkehrsabgabe der Unternehmer nach dem Vorbild der Wiener U-Bahnsteuer für die Förderung des ÖPNV.

- ★ Planung staatlicher Investitionen auf Bundes-, Landes und Kommunalebene unter Kontrolle der Öffentlichkeit. Besondere Förderung von Wissenschaft und Forschung und Sicherung ihrer Freiheit und Unabhängigkeit gegenüber den Profitinteressen des großen Kapitals.

- ★ Abschaffung des von der SPÖ eingeführten Stiftungsrechts und der anderen Steuerprivilegien der Reichen. Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Einführung der sogenannten „Tobin-Steuer“ auf grenzüberschreitende Kapitaltransfers.

- ★ Durchsetzung einer effektiven Steuerfahndung, um die Gewinnverschleierung und Steuerminimierung durch Großbanken, Konzerne und Versicherungen zu verhindern.

- ★ Progressive Besteuerung der Gewinne von Unternehmen und aller Gewinne aus Aktienbesitz. Schutz des Kleinaktienbesitzes vor BörsenspekulantInnen.

- ★ Staatliche Kontrolle der Finanzmärkte und Besteuerung des Kapitalexports.

#### **4. Für mehr soziale Gerechtigkeit. Für menschenwürdige und sichere Altersvorsorge**

- ★ Wiedereinführung des früheren Spitzensteuersatzes für Unternehmensgewinne und Privateinkommen sowie der Vermögenssteuer.

- ★ Anhebung der Profit- und Kapitalbesteuerung auf das Durchschnittsniveau in der EU, was 50 bis 70 Mrd. jährlich erbringen könnte. Einheitliche und strikte Begrenzung möglicher Steuerabreibungen.

- ★ Umstellung der Arbeitgeberbeiträge zur Sozial- und Pensionsversicherung auf eine Wertschöpfungsbasis.

- ★ Senkung der Mehrwertsteuer auf alle Güter des notwendigen Lebensunterhalts, auf Dienstleistungen von Handwerk und Kleingewerbe und Einführung einer erhöhten Mehrwertsteuer für Luxusgüter.

- ★ Rückgängigmachung aller Schritte zur Privatisierung der Altersvorsorge.

★ Einbeziehung aller sozialen Gruppen und Einkommensarten in das System der solidarischen gesetzlichen Pensions-, Arbeitslosen- und Krankenversicherung bei gleichzeitiger Begrenzung der Höchstbezüge. Paritätische Beteiligung der Unternehmen an den Sozialversicherungen gemessen an ihrem Gewinn.

★ Abschaffung der zusätzlichen Pensionskürzungen bei Frühpensionierungen.

★ Aufhebung der pensionsrechtlichen Benachteiligung der Frauen.

★ Keine Erhöhung des Pensionsanfallsalters.

★ Beseitigung der diskriminierenden Maßnahmen für die EmpfängerInnen von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe.

★ Gesetzliche, am gesellschaftlichen Durchschnittseinkommen orientierte soziale Grundsicherung einschließlich Wohnung für alle BürgerInnen.

★ Aufhebung der Besteuerung der Unfallrenten

#### *Wohnen darf keine Ware sein*

★ Wiederaufnahme des sozialen Wohnbaus durch die Gebietskörperschaften (Gemeinden, Land und Bund).

★ Stopp des Verkaufs der bundeseigenen Wohnungsgesellschaften.

★ Begrenzung möglicher jährlicher Mieterhöhungen auf die allgemeine Inflationsrate. Sanierung statt Abriss des vorhandenen Wohnungsbestandes.

★ Einführung eines Wohnungszahlungsmodells nach Grazer

Vorbild. Keine Wohnung darf (inklusive Betriebskosten) mehr als ein Drittel des Haushaltseinkommens kosten.

★ Mietzinsobergrenzen für alle Wohnungen.

★ Erhöhung der Mietzinsbeihilfe des Bundes (bei Wohnungssanierungen). Dort sind die Einkommensgrenzen seit 1984 nicht mehr erhöht worden.

★ Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Mieten und Betriebskosten.

★ Verbot von Maklerunwesen und strafrechtliche Verfolgung von Ablösewucher.

#### *Für soziale Gesundheitsversorgung*

★ Abschaffung jeder Form von „Selbstbeteiligung“ in der Krankenversicherung – keine Klassen-Medizin: Alle Menschen haben ein gleiches Recht auf Gesundheit – Gesundheit darf keine Ware sein

★ Maximale Förderung behinderter Menschen und ihre umfassende Integration in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens.

★ Einführung eines einkommensabhängigen Karenzgeldes mit existenzsicherndem Sockelbetrag und Höchstgrenze (erhöht Anreiz der Väter, in Karenz zu gehen).

★ Höheres Karenzgeld für Alleinerziehende und gleich lange Karenzzeiten für AlleinerzieherInnen und Paare.

★ Flächendeckende Kinderbetreuungseinrichtungen bis zum 14. Lebensjahr (Kinderkrippen, Kindergärten, Betriebskindergär-

ten, Horte, Ganztagschulen), deren Öffnungszeiten den Arbeitszeiten der Eltern entsprechen.

★ Verpflichtung der Länder zur Schaffung von Betreuungseinrichtungen verbunden mit Qualitätssicherung durch bundeseinheitliche Standards.

## **5. Für die Rechte der Frauen**

Abschaffung der systematischen Unterdrückung der Frau und die Beseitigung der männlichen Privilegien. Überwindung der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung in der Produktion und im Bereich der Reproduktion. Für Alternativen, die nicht einseitig eine Vereinbarkeit von Beruf und Beziehungsarbeit/Haushalt für Frauen anstreben, sondern für beide Geschlechter ermöglichen. Dazu sind gesellschaftliche Maßnahmen notwendig, welche die Produktion und den privaten Bereich grundlegend umgestalten, beide Bereiche umfassend demokratisieren.

★ Selbstbestimmungsrecht der Frauen über ihren Körper – gegen alle Formen von Gewalt und sexueller Ausbeutung, Menschenhandel, medizinischer Versuche und gentechnologischer Entwicklungen, die auf Kosten der Gesundheit der Frauen und ihres Gebärvermögens gehen.

★ Einführung eines Anti-Diskriminierungsgesetzes, das auf allen gesellschaftlichen Ebenen Frauen die Gleichstellung sichert.

★ Aufhebung der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung, deren Kern die einseitige Zuweisung der Hausarbeit an die Frauen bildet. Die rapide Zunahme von staatlichen Einsparungen von Sozialleistungen verdeutlicht, dass die Frauen gezwungen wer-

den, noch mehr unentgeltlich erbrachte Arbeiten, wie z.B. die Pflege kranker oder alter Familienangehöriger, zu leisten. Umverteilung und Neubewertung von bezahlt und unbezahlt geleisteter, gesellschaftlich notwendiger Arbeit.

★ Das Steuer- und Sozialrecht ist gegenüber allen Formen des Zusammenlebens (Wohngemeinschaften, Ehe- und Lebensgemeinschaften, gleichgeschlechtliche Paarbeziehungen, Singles, AlleinerzieherInnen) neutral zu gestalten. Ein Abgehen von der Individualbesteuerung hin zu Ehegatten- oder Familiensplitting ist ebenso abzulehnen wie Bestrebungen, die Pflichtversicherung durch eine Versicherungspflicht abzulösen, mit der die private soziale Vorsorge zugunsten der Profite von Versicherungsgesellschaften forciert wird. Individuelle materielle Absicherung für alle, unabhängig von der jeweiligen Lebensform. Deshalb lehnen wir es ab, dass die Ehe als einzige Form des Zusammenlebens staatlich geschützt und subventioniert wird.

## **6. Für finanzstarke Gemeinden**

★ Umverteilung der staatlichen Steuereinnahmen zugunsten der Kommunen zur Finanzierung infrastruktureller, sozialer und kultureller Aufgaben und zumutbarer Tarife für kommunale Dienstleistungen. Befreiung der Kommunen von finanziellen Lasten, die als allgemeine Kosten der Gesellschaft vom Bund getragen werden müssen.

★ Umverteilung der Mittel im Finanzausgleich zugunsten der Gemeinden.

★ Streichung des Beitrages der Gemeinden an der EU-Finanzierung.

- ★ Einsparung der Bundesländervertretung bei der EU, Verteilung der dadurch ersparten Steuermittel an die Gemeinden.
- ★ Abschaffung der Landesumlage.
- ★ Befreiung der Gemeindeeinlagen von der KEST.
- ★ Gleiche Beteiligung der Gemeinden am steuerlichen Mehrertrag wie der Bund.
- ★ Ausbau der kulturellen Infrastruktur. Verhinderung des weiteren Abbaus kultureller Einrichtungen. Sicherung erschwinglicher Preise, die allen Bevölkerungsschichten den Zugang zu Kulturinstitutionen und Kulturschätzen ermöglichen.
- ★ Ausbau und finanzielle Absicherung von Frauenberatungsstellen und Fraueninitiativen.
- ★ Erhöhung des Frauenanteils auf kommunaler Ebene.
- ★ Einführung eines Sozialpasses für Menschen mit geringem Einkommen.

## 7. Bildung: Chancengleichheit für alle

- ★ Schaffung eines Schulsystems, das allen Kindern und Jugendlichen gleiche Chancen zum Wissenserwerb garantiert. Unentgeltliche Schulbildung einschließlich der Versorgung mit den erforderlichen Unterrichtsmaterialien. Grundsätzlich sind an



allen Schulen Klassenstärken von durchschnittlich 20 Kindern bzw. Jugendlichen anzustreben und eine Obergrenze von 25 anzusetzen. Keine Erhöhung der Unterrichtsverpflichtungen für Lehrerinnen und Lehrer.

- ★ Sicherung und Ausbau des öffentlichen unentgeltlichen Schulsystems durch Bereitstellung der dafür erforderlichen personellen und materiellen Ressourcen durch die öffentliche Hand.
- ★ Schaffung einer gemeinsamen Interessensvertretung aller HochschulInnen (Studierende an ordentlichen Hochschulen,



Fachhochschulen, Pädagogischen Akademien, Privathochschulen) sowie deren soziale Gleichstellung in Bezug auf Studienbeihilfen, Ermäßigungen, etc.

★ Beibehaltung einer bundesweiten Interessensvertretung für alle Universitätslehrenden und für alle anderen Universitätsbediensteten.

★ Rücknahme des Universitätsgesetzes 2002, das heisst auch Abschaffung der Studiengebühr an allen Universitäten. Freier unentgeltlicher Zugang aller SchülerInnen, StudentInnen und Auszubildenden zu wissenschaftlichen Erkenntnissen mittels modernster Kommunikationsmittel.

★ Demokratische und autonome Universitäten und Bereitstellung der nötigen materiellen Ressourcen durch die öffentliche Hand statt Auslieferung des Bildungswesens an die Interessen des Großkapitals.

★ Erhöhung der Kinderbeihilfe auf ein existenzsicherndes Niveau. Gewährleistung einer unentgeltlichen gesellschaftlichen Betreuung der Kinder in Kinderkrippen, Kindergärten, Ganztagschulen und Schulhorten.

★ Gegen Jugendarbeitslosigkeit: Jede/r Jugendliche hat ein Recht auf Arbeit und Bildung und muss einen qualifizierten Ausbildungsplatz in einem zukunftsorientierten Beruf bekommen. Keine Unterordnung der Lehre unter die Kapitalinteressen, sondern ein öffentliches Berufsausbildungswesen. Die Regierung in Bund und Land und große Unternehmen müssen gesetzlich verpflichtet werden, für die Schaffung der dafür notwendigen Zahl von Ausbildungsplätzen zu sorgen. Das Recht auf Ausbildung muss gegen Bund und Land einklagbar sein.

Alle Betriebe (Unternehmen, Konzerne usw.) werden mittels einer gesetzlichen Ausbildungspflicht verpflichtet, Ausbildungsplätze in einer Größenordnung von mindestens 10 Prozent der Arbeitsplätze in den betreffenden Unternehmen bereitzustellen. Das betriebliche Ausbildungsangebot muss durch Vollausbildung in überbetrieblichen Jugendausbildungszentren und Lehrwerkstätten flächendeckend ergänzt werden.

★ Für selbstverwaltete Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.

★ Verstärkte Förderung von Kindererholungsaktionen gemeinnütziger Vereine durch Land, Gemeinden und Sozialversicherungseinrichtungen.

## **8. Für die Rechte von MigrantInnen – gegen Rechtsextremismus**

★ Entschiedener Kampf gegen alle Erscheinungsformen und die sozialen, politischen und ideologischen Ursachen von Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. Verbot aller faschistischen Organisationen, ihrer medialen Einrichtungen und Erzeugnisse sowie ihrer öffentlichen Auftritte. Verschärfung der entsprechenden Strafgesetze und deren Umsetzung in jedem Fall ohne zeitliche Verzögerung.

★ Gewährleistung humanistischer, antimilitaristischer und antifaschistischer Erziehungs- und Bildungsinhalte an allen staatlichen und staatlich anerkannten Bildungseinrichtungen, die der

Jugend von Anbeginn die Überzeugung von der unantastbaren Würde jedes Menschen, von der Freiheit jedes Menschen in solidarischer Gemeinschaft aller vermitteln.

★ Wiederherstellung des vollen Asylrechts. Aufhebung des Arbeitsverbots und der Sachversorgung für AsylbewerberInnen. Abschaffung der Abschiebehaft. Abschaffung des Ausländergesetzes und daraus abgeleiteter Verordnungen. Gleiche soziale und politische Rechte aller hier lebenden Menschen.

★ Schaffung eines Anti-Diskriminierungsgesetzes, das allen in Österreich lebenden Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer sexuellen Identität, ihrer ethnischen Herkunft und anderer Unterschiede die gleichen politischen und sozialen Grundrechte gewährleistet.

★ Freier Zugang und entsprechende Förderungsmaßnahmen auf allen Ebenen des Bildungssystems und Zugang zu genossenschaftlichen und kommunalen Wohnungen sowie zum kommunalen Wahlrecht.

★ Abschaffung der Diskriminierung von MigrantInnen im Rahmen der Familienbeihilfe.

★ Verstärkte Integrations- und Förderprogramme für MigrantInnenkinder bzw. -familien und für Kinder bzw. Familien mit speziellen Betreuungsbedürfnissen.

## **9. Für Demokratisierung des politischen Systems**

★ Ausbau von verbindlichen Formen der Volksgesetzgebung

(Volksinitiative, Volksbegehren, Volksentscheid) auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene.

★ Demokratisierung der Bezirkverwaltungen. Wahl der Bezirkshauptleute.

★ Wahl der RichterInnen auf allen Ebenen unmittelbar durch die Bevölkerung.

★ Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre und des Alters der Wählbarkeit auf 18 Jahre. Abschaffung der Sperrklausel (Prozente, Grundmandate) für Parteien. Erleichterung der Kandidatur für nicht in den Parlamenten vertretene Parteien und Gruppen.

★ Koppelung der PolitikerInneneinkommen an ein zu schaffendes gesetzliches Mindesteinkommen. Der Bundespräsident/die Bundespräsidentin darf nicht mehr als das Zehnfache dieses Mindesteinkommens verdienen. Gesetzliche Begrenzung und unbedingte Offenlegung aller Nebentätigkeiten von Abgeordneten sowie dadurch erzielter Einkünfte. Beseitigung der privilegierten Pensionsansprüche und Gestaltung der letzteren gemäß den allgemeinen Regeln der gesetzlichen Pensionsversicherung.

★ Österreich muss in den internationalen Institutionen dafür eintreten, dass die Todesstrafe weltweit abgeschafft wird.

★ Konsequente Umsetzung einer Quotenregelung, um Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen Zugang zu ermöglichen.

★ Volle Erfüllung des Artikel 7 des österreichischen Staatsvertrages, der die Rechte der österreichischen Volksgruppen regelt.

## 10. Für ein anderes Europa

★ Die KPÖ hält die Möglichkeit eines Austritts aus der EU als radikale Infragestellung und Kritik der EU offen und tritt dafür ein, dass die BürgerInnen der EU- Mitgliedsländer jederzeit das Recht haben, über einen Austritt frei zu entscheiden.

★ Austritt aus der Militärunion, keine Beteiligung an der EU-Armee; Maßnahmen gegen die Transilawine; keine Zahlungen an Euratom; keine Richtlinien der EU, die sich gegen die Autonomie der Gemeinden richten und die Privatisierung von Leistungen der Daseinsvorsorge vorsehen.

★ Beseitigung der undemokratischen Verfasstheit der Europäischen Union. Aufhebung der entsprechenden Strukturen und Verträge von Maastricht, Amsterdam und Nizza.

★ Volle Rechenschaftspflicht aller Exekutivorgane und Institutionen der Europäischen Union gegenüber einem demokratisch gewählten Europaparlament. Stärkung der Entscheidungsmöglichkeiten der nationalen Parlamente, der regionalen und kommunalen Volksvertretungen.

★ Für eine neue Weltwirtschaftsordnung, die Unterentwicklung, Ausbeutung und Ausplünderung beendet. Ein erster Schritt ist die Streichung der Auslandsschulden der armen Länder des Südens.

# Schlussbemerkung

Dieses Aktionsprogramm ist ein Angebot an all jene, die aktiv und gemeinsam mit anderen Menschen für ihre eigenen Interessen eintreten wollen. In Österreich und weltweit. Es ist offen für Veränderungen und Erweiterungen.

Wir wollen eine nützliche Partei für die Menschen sein. In Gemeinden, in Betrieben und in Bewegungen wie der Antikriegsbewegung und dem ASF will sich die KPÖ als Partei für das tägliche Leben und für die großen Ziele der ArbeiterInnenbewegung bewähren.

Wir geben nicht vor, auf alle Fragen eine Antwort zu haben. Deshalb führen wir derzeit eine große Debatte über Grundfragen der gesellschaftlichen Entwicklung. Der 32. Parteitag geht von der Erwartung aus, dass der Meinungsstreit über theoretisch-ideologische Fragen gleichberechtigt und sorgfältig in aller Breite und Tiefe im Bewusstsein ausgetragen wird, dass alle unsere Wahrheiten relativ sind und Gegenstand weiteren Forschens und Lernens sein müssen.

Eines ist aber sicher: Die KPÖ steht in ihrer politischen Praxis für die Übereinstimmung von Wort und Tat. Sie kämpft hier und heute dafür, dass sich uns und künftigen Generationen andere, menschenwürdige Perspektiven auftun - und wer gemeinsam mit uns kämpfen will, ist herzlich eingeladen.

Der 32. Parteitag der KPÖ hat auf seiner 1. Sitzung beschlossen, die Anträge "Was will die KPÖ" und "Wir wollen eine nützliche Partei für die Menschen sein" nicht kontrovers abzustimmen, sondern beide anzunehmen. Der Text gibt den Diskussionsstand auf dem Parteitag wieder und hat keinen programmatischen Charakter.

Um diese Broschüre lesbarer zu gestalten, wurden einige Kürzungen vorgenommen. Wir hoffen, dass die politische Positionierung unserer Partei im Aktionsprogramm sichtbar wird und dass der Text zu einer vertieften Debatte über wesentliche Fragen des Selbstverständnisses der Partei anregt.